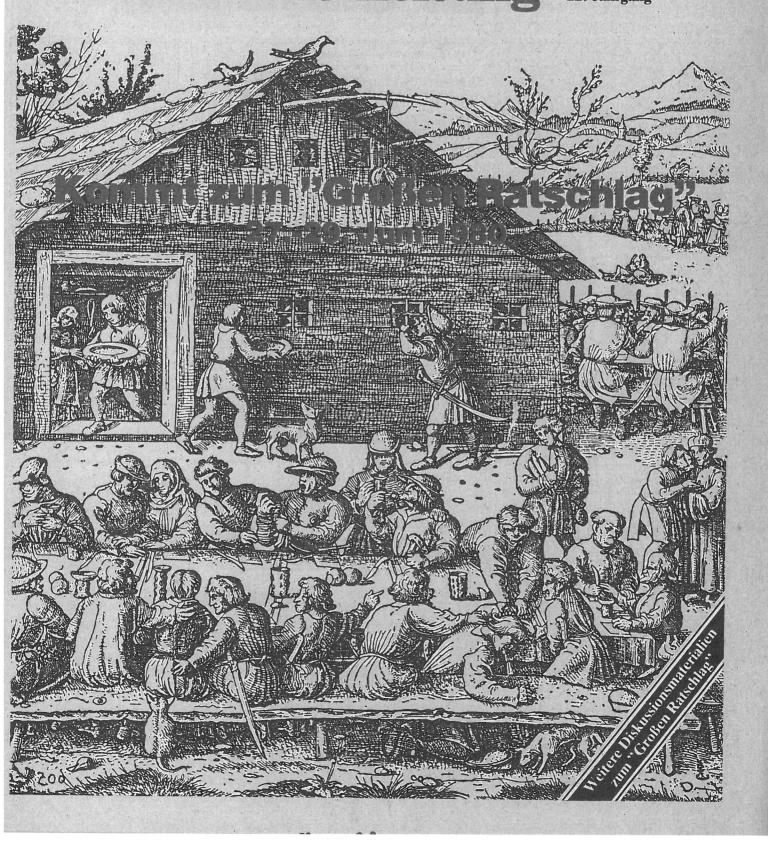
Sozialistische Zeitung Offenbach/Main Nr. 123
Juni '80
12. Jahrgang



### **Großer Ratschlag**

## Das Sozialistische Büro Ein Gespräch mit Oskar Negt

Mit seinen programmatischen Beiträgen "Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren!" ("links", Dezember 1972) und "Zur Dialektik von Erfahrung, Emanzipation und Organisation" ("links", Juli/August 1975) hat Oskar Negt jenes politische Selbstverständnis formuliert und geprägt, das weit über den organisatorischen Ansatz des Sozialistischen Büros hinaus gemeinsame Orientierungspunkte der undogmatischen Linken ausdrückte. Nicht zuletzt die "Grünen" und ihr Echo in der Linken sind ein Ausdruck des Zerbröckelns solcher Gemeinsamkeiten. Wir veröffentlichen nachstehen einen Auszug aus einem längeren Gespräch zur Aktualität des Interessen-Konzepts und darauf bezogener Organisationsvorstellungen. Der vollständige Text beginnt mit einer Auseinandersetzung mit der Strauß-Kandidatur und enthält eine scharfe Kritik an der parlamentarischen Strategie der "Grünen".

Er ist in dem von Roland Roth herausgegebenen Band "Parlamentarisches Ritual und politische Alternativen" (Campus-Verlag 1980) nachzulesen. Wir danken dem Verlag für die Abdruckgenehmigung und möchten auch die weiteren Beiträge dieses Bandes (zur Lage vor den Bundestagswahlen, Parlamentarisierung des ökologischen Protests, Bürgerinitiativen und Alternativ-Szene, zur Situation der Ökologiebewegung in Frankreich, Skandinavien und den USA und zur Radikalen Partei Italiens) als Vorbereitungs-Lektüre für den "Großen Ratschlag"

empfehlen.

ROTH: Mit Deinem Beitrag "Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren" bist Du einer der theoretischen Exponenten des basis- und interessenorientierten Konzepts alternativer politischer Praxis. Gibt es nicht in der Tat Anzeichen für ein Scheitern dieses Konzepts? Mit der Gründung des Sozialistischen Büros wurde schon Ende der sechziger Jahre ein organisierender Fokus für die Zusammenarbeit von politischen Aktivisten aus verschiedenen Arbeitsbereichen - vor allem der Schule. im Bereich der Sozialarbeit, auch aus den Produktion, dem Gesundheitswesen etc. - und Lebenszusammenhängen geschaffen. Das SB hat zwar eine gewisse Ausweitung und Konsolidierung seiner politischen Ansätze leisten können. aber sein Einfluß auf eine Dämpfung oder gar Verhinderung der großen Wellenbewegung von Über- und Unterpolitisierung in den letzten Jahren, von denen vorhin der politische Einfluß lativ gering. In den letzten Jahren scheint zudem der politische Einfluß des SB zurückzugehen, seine organisatorische Entwicklung stagniert. Nun waren die basisorientierten Politikvorstellungen keineswegs auf das SB als politischen Ansatz beschränkt. Seine Entwicklung wäre kein zureichender Indikator für Erfolg und Realisierbarkeit der basisorientierten Politikvorstellung, die an Alltagsinteressen ansetzt. Die starke Mobilisierungswirkung der Ökologiebewegung und das hektische Engagement in Richtung Parlament deuten doch darauf hin, daß für die Individuen eine an Kontinuität. Langfristigkeit und mühseligen Lernprozessen orientierte Politikvorstellung schwierig, wenn nicht gar unattraktiv geworden ist. Eine Politikvorstellung für die Veteranen der Bewegung, die genügend Stabilität und langen Atem mitbringen. Gegenüber den politischen Bedürfnissen, die sich in der Alternativszene, der Ökologiebewegung und anderswo ausdrücken, erscheint diese Art des Politikmachens als kalte, langwierige, reformistische Arbeit, mit vielen Versagungen und deformierenden Auswirkungen beim Sich-Einlassen auf gesellschaftliche Institutionen. Ist diese basisorientierte Politikvorstellung nach der langen ökonomischen Krise der siebziger Jahre, der damit einhergehenden zweiten politischen Restaurationsphase in der Geschichte der Bundesrepublik und angesichts der neuen sozialen Bewe-

gungen selbst überholt und gescheitert?

NEGT: Um endgültig darüber zu entscheiden, ob eine Konzeption der Politisierung von Interessen in Bereichen der Industriebetriebe, der Schulen, der Krankenhäuser oder der Auffanginstitutionen der Sozialarbeit, ob also politische Arbeit richtig oder falsch ist, reichen fünf oder sechs Jahre nicht aus. Für die Beurteilung, ob unser Ansatz einer basisorientierten Politik, wie sie im Sozialistischen Büro praktiziert wurde, historisch überholt ist oder nicht, würde ich trotz des verengten Zeitmaßes von Aktivitäten und der Dringlichkeit von Bedürfnissen, die auf eine radikale Wende drängen, etwas größere Zeiträume für notwendig halten.

Wer von apokalyptischen Erwartungen ausgeht, steht zwangsläufig unter dem Druck, keine Zeit zu verlieren. Nur möchte ich hier an einen Satz von Kant erinnern, daß das Bedürfnis nach Gott kein Beweis seiner Existenz ist; auch die drängenden Bedürfnisse, die Ruinierung der gesellschaftlichen Umwelt durch völlig verselbständigtes, die Energiequellen der Erde unverantwortlich aufzehrendes Wirtschaftswachstum abzuwenden, können zu einer Verzerrung der Zeitperspektiven führen, die gerade das, was die Hautnähe der Probleme ausmacht und was zweifellos Lebensinteressen berührt, durch theorieloses Experimentieren verlangsamen oder am Ende sogar zerstören. Das Gefährlichste an der gegenwärtigen Entwicklung der Linken wäre, daß Organisationsformen, die sich in bestimmten Bereichen der politischen Aktivität bewährt und vor allem auch stabile Orientierungen bewirkt haben, in diesem Prozeß ausgelöst werden, ohne daß deren Vorzüge, nämlich eine gewisse Kontinuität der politischen Arbeit, in anderen Organisationsformen aufgehoben werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich einige Bemerkungen zum gegenwärtigen Stand des Sozialistischen Büros machen. Ich bin nicht der Auffassung, daß wir Gründe haben, uns oberlehrerhaft als Bewahrer einer richtigen Konzeption zu betätigen und immer wieder darauf zu verweisen, welche Erfolge wir doch mit dieser basisorientierten Politik gehabt haben. Ich halte es für gut, daß wir von außen mit einer Bewegung konfrontiert werden, die uns die Möglichkeit gibt, radikale Selbstkritik zu üben und damit Perspektiven sichtbar zu machen, die ursprüngliche Konzeption unter veränderten gesellschaftlichen und politischen Bedingungen weiterzudenken, Probleme neu zu diskutieren und damit auch eine gewisse innere Dynamik der Organisationspraxis zu gewinnen, die uns offenbar abhanden gekommen ist

Wenn ich den Arbeitsfeldansatz nehme, ein organisatorisches Grundprinzip des Sozialistischen Büros, so ist selbstverständlich nie damit gemeint gewesen, einer berufsständischen Verengung des Politikbegriffs das Wort zu reden. Es ging vielmehr darum, im konkreten Lebens- und Arbeitszusammenhang Politik zu verankern und die der bürgerlichen Öffentlichkeit entsprechende Stellvertreterpolitik zu überwinden. Ich glaube, die Arbeitsfelder haben sich, was die politische Praxis, ja sogar die spezifische Theoriebildung anbetrifft, bewährt. Der Umkreis derienigen, die sich an den Arbeitsfeldmaterialien für ihre eigene Tätigkeit orientiert haben, ist wesentlich größer gewesen als derjenigen, die in diesen Arbeitsfeldern unmittelbar tätig waren. Auch scheint es mir kein Problem gewesen zu sein, die Arbeitsfelder überregional zusammenzufassen und damit einen Erfahrungsaustausch durch zentrale Tagungen und Publikationen zu organisieren. Die Einführung von Einzelmitgliedschaften, die ursprünglich wohl auch abgelehnt wurde, um den studentischen Überhang in der Organisation einzudämmen, hat dazu geführt, daß sich neben den Arbeitsfeldern lokale Organisationskerne bildeten, die ihre Aufgabe, die Arbeitsfeldprobleme politisch zu generalisieren, nicht wahrnehmen konnten. Sicherlich ist das nicht an allen Orten gescheitert. Aber dieses Nebeneinander von Arbeitsfeld- und Mitgliederorganisation hat nicht bewirkt, was wir damit beabsichtigt haben: nämlich eine politische Vereinheitlichung und Verallgemeinerung der konkreten Arbeit in den Arbeitsfeldern an Ort und Stelle.

Dieser innerorganisatorische Widerspruch ist in seinen blockierenden Tendenzen kritisch nicht wirklich aufgearbeitet worden. Ganz falsch wäre es jedoch, zu meinen, die Abschaffung der Arbeitsfeldorganisation wäre der richtige Ausweg. Vielmehr glaube ich, daß der Arbeitsfeldansatz einer der wirklich produktiven Beiträge des Sozialistischen Büros zu jeder möglichen Organisationspraxis ist, die sich legitimerweise sozialistisch nennen kann. Ich kann mir denken, daß dieser Widerspruch auf eine ganz andere Weise gelöst werden könnte, und in gewissem Sinne können wir da von den Grünen etwas lernen.

Drei Aufgaben sehe ich, die eine Weiterführung der Organisationspraxis und der politischen Stoßrichtung des Sozialistischen Büros beinhalten: Ich halte es erstens für sinnvoll. eine stärkere Kommunalisierung der lokalen Organisationsstruktur zu betreiben, um damit die Initiativen, die es an Ort und Stelle in den einzelnen Arbeitsfeldern und in den verschiedenen Bürgerinitiativen gibt, zusammenzufassen, stärker zu strukturieren und ihnen eine gewisse institutionelle Stabilität zu geben. Eine solche Kommunalisierung ist durchaus verknüpfbar mit dem Versuch, Vertreter dieser alternativen Gruppierungen in die Kommunalparlamente zu bekommen. Ich habe schon angedeutet, daß man in diese Kommunalparlamente keineswegs nur mit der

Absicht gehen sollte, Entscheidungen zu verhindern oder andere Entscheidungen zustandezubringen. Viele der Entscheidungen, welche eine Stadt oder eine Landgemeinde betreffen, werden anderswo getroffen. Wichtig ist aber doch, diese Parlamente als Formen der sichtbaren Auseinandersetzung mit Lebensinteressen zu verstehen, die die Menschen unmittelbar berühren.

Im Sinne der Verallgemeinerung und Konkretisierung sozialistischer Politik halte ich zweitens die Verlebendigung der Theoriebildungsprozesse und der theoretischen Auseinandersetzung für unabdingbar. Manche Publikationen des Sozialistischen Büros erwecken den Eindruck, als seien sie Resultat eines vielfachen Filters, bei dem dann nur noch ein total ausgewogener, langweiliger Extrakt herauskommt. Die theoretischen Auseinandersetzungen bedürfen aber, wenn sie lebendig sein sollen, der Ecken und Kanten: sie müssen zugespitzt sein, damit ein Klima der Auseinandersetzung stattfindet. Hier können wir von linken italienischen Zeitungen und Zeitschriften sehr viel lernen. Es ist nicht notwendig, daß immer eine ausgewogene vorherrschende Position vertreten wird. Sinnvoll ist auch, radikal abweichende Meinungen, ja Konservative und Liberale zu Wort kommen zu lassen. Wir müssen vermeiden, daß nur die angesprochen werden, die schon überzeugt sind. Ich sehe eine wichtige Aufgabe des Sozialistischen Büros, das mit Recht die sektiererische Abgrenzung verworfen hat und seinen spezifischen Arbeitsauftrag als "überfraktionelles Bewußtsein" versteht, gerade darin, den Linken in ihren kontroversen Positionen zur Sprache zu verhelfen. Das bedeutet keineswegs Positionslosigkeit, sondern ein gutes Erbstück materialistischer Dialektik, nämlich in die Stärke des Gegners einzugehen, um die eigene Position zu stabilisieren. Wenn ich mir ansehe, welches intellektuelle Potential objektiv im Sozialistischen Büro und dessen Umkreis versammelt ist, so bin ich bestürzt darüber, wie wenig sich diese Linksintellektuellen in dem behauptet haben, was sie wirklich können, nämlich Analysen und Theorie zu produzieren. Häufig leiden sie unter einem Minderwertigkeitskomplex und setzen sich, in völligem Widerspruch zu ihrer eigentlichen Qualifikation, die ja langfristig immer mehr gebraucht wird, die gestohlene Kappe des Proletariats auf, um als Intellektuelle möglichst nicht erkennbar zu sein. Vermutlich hat diese Scheinidentität an Bedeutung abgenommen, aber sie hat sich nur verschoben. Viele bekennen sich nach wir vor nicht zu dem, worin ihre eigentlichen Fähigkeiten bestehen.

Das führt mich drittens zu dem Punkt, der einen zentralen Mangel der bisherigen Arbeit des Sozialistischen Büros bezeichnet. Immer stärker tritt in den Vordergrund, daß in dem Maße, wie auch die kulturellen Krisen des Kapitalismus zunehmen, Zusammenhänge einer politischen Kultur für jeden Schritt politischer Arbeit unbedingt notwendig sind. Obwohl sich das Sozialistische Büro als Träger eines undogmatischen Marxismus betrachtet, gilt doch bisher die Kultur als Abgeleitetes, als etwas, das, am Maßstab der harten Materie von Organisation, Ökonomie, Politik gemessen, abfällt. Literarische Produktionen werden auch dort, wo sie die Zeitverhältnisse genauer erfassen als jede trockene politische oder ökonomische Analyse, ignoriert oder so behandelt, als ware Kultur nicht so wichtig.

Die Zeitschrift "links" bringt kaum kulturelle Kontroversen mit Gesprächen, polemischen Auseinandersetzungen, ironischen Spitzen. Dadurch erfolgt eine Abspaltung des Bereichs politischer Kultur von der politischen Arbeit. Der kulturelle Bereich wird gewissermaßen von linken Kulturzeitschriften verwaltet. Ihnen fehlt jedoch die organisierende Kraft der Organisation. Wie ernst dieses Problem der Abspaltung ist, wird sichtbar, wenn man bedenkt, daß gerade bürgerliche Öffentlichkeit ihre bestimmenden Mechanismen in dieser Trennung des Politischen von der Kultur als Lebenszusammenhang hat. Ein stärkeres Gewicht auf die Formen und Ausdrucksmöglichkeiten der Kultur zu legen, würde für das Sozialistische Büro keine prinzipielle Abwendung vom bisherigen Ansatz bedeuten, wohl aber dessen Fortführung und Erweiterung. Sicherlich hat diese Verknappung der Zeit, in der Dinge ausgetragen werden, etwas mit der Veränderung gesellschaftlicher Bedingungen, wahrscheinlich auch der Sozialisationsbedingungen zu tun. Der radikale Wechsel von Konzeption zu Konzeption, das schnelle Eingeständnis, etwas sei gescheitert, ist ein wesentlicher Unbewußtseinszustand zuminmindest der westdeutschen Linken, der hier besonders gefährlich ist, weil sich in diesem linken Spektrum sonst nicht allzuviel bewegt. Man nehme doch einmal die Zeitdimensionen, in denen sich die Traditionen und Organisationsformen der III. Internationale bewegt haben, wo Erfahrungen, Rückschläge und Probleme in einem Zeitraum von 30, 40 Jahren bearbeitet werden konnten, und vergleiche damit den hektischen Wechsel von Konzeptionen in der westdeutschen Linken innerhalb der letzten zehn Jahre: zunächst Protestbewegung, wenig später Randgruppenstrategie, Aufbauorganisationen, auf die sehr viele gesetzt haben, parallel dazu Aufbau des SB, fünf, sechs Jahre später "Deutscher Herbst', Resignation, wo viele sagten, nun kann man politische gar nichts mehr tun, heute Ökologiebewegung und parlamentarische Orientierungen. Innerhalb von zehn Jahren hat sich ein solch rascher Wechsel von politischen Konzeptionen vollzogen, daß man von einem Klima der Gründerjahre sprechen kann. Zu diesem Gründungsfieber rechnen auch die Spekulationen mit Expansionen im Medien- und Publikationssektor, wo ausgesprochen risiko-haft kalkuliert wird, mit Krediten, die eigentlich den Untergang schon einplanen. Das gilt! nicht nur für die beiden Tageszeitungsprojekte, fast jede Zeitschrift versucht einen Verlag zu gründen.

Angesichts dieses nervösen Gründungsfiebers mit schwindelhaften Zeitdimensionen scheint es mir heute besonders notwendig, die theoretische Arbeit zu verstärken. Das ist keine Form von Resignation; im Gegenteilt: ich kann mir linke Politik nicht ohne Theoriearbeit vorstellen. Ihr Ziel ist ein präzises Bild, ein gemeinsames Selbstverständnis und Bewußtsein dessen, was abläuft - durchaus im Marxschen Sinne, der einmal sagte, Kommunismus ist keine Projektion, keine Utopie, sondern das Begreifen dessen, was unter unseren Augen abläuft. In unserem Zusammenhang hieße das, Theorie benennt die Erfahrungsschritte, die gemacht worden sind und abgebrochen wurden, weil nur so neue Erfahrungen gemacht werden können. Sollte z.B. das SB scheitern, heißt dies keinesfalls, daß diese politische Konzeption gescheitert ist,



### Neue Folge

Norbert Kostede Staat und Demokratie Studien zur politischen Theorie des Marxismus Soziologische Texte – Neue Folge Band 118. 188 Seiten, kart. DM 30,–

Einschneidende Defizite der politischen Theorie des Marxismus fordern die erneute Auseinandersetzung mit den alternativen Positionen bürgerlicher Sozialwisenschaft. In drei ineinandergreifenden Studien der Staats- und Demokratietheorie stellt Kostede die marxistischen Thesen und Ableitungen vor, kritisiert sie und konfrontiert sie mit den Auffassungen der politischen Soziologie und Sozialtheorie. Ohne der Terminilogie marxologischer oder soziologischer Geheimwissenschaft anheimzufallen diskutiert er auch die neueren staatstheoretischen Probleme. "Die Antwort auf die Frage "Was ist der Staat' ist von prägender Kraft für alle weiteren politischen Reflektionen, seien es die Bereiche der Legitimationsoder Demokratietheorie, oder sei es die Frage nach der historischen Konstruktion des Staates."

"Seit niemand mehr behaupten kann, er sei der Staat, ist die Sache schwierig geworden. Noch jeder prominente Autor, der die großen Linien der politischen Theoriegeschichte gezeichnet hat, berichtet, daß man alles mögliche und sehr Verschiedenes als "Staat" bezeichnet hat: Aufgabe und Instrumente, Rollen und Institutionen, Handlungs- und Denkweisen."

### Luchterhand

sondern ist es vielmehr ein Abbrechen. Bei einer ausgetragenen Konzeption müßten sich Punkte angeben lassen, die aus angebbaren Gründen verändert werden können. Diese notwendige Anstrengung wird von einem Klima der gesellschaftlichen Motivationslosigkeit und einer allgemeinen Ungeduld der Veränderung überlagert. Das Gründungsfieber erfaßt natürlich auch die Subjekte, die daran beteiligt sind, d.h. es geht alles viel zu langsam, gemessen an den Bedürfnissen nach Veränderung. Radikale gesellschaftliche Veränderungen will man nicht nur zu Lebzeiten, sondern möglichst noch als Student oder mit 30 Jahren erleben. Thomas Ziehe hat auf die Möglichkeit hingewiesen, daß sich selbst bei Charakterstrukturen eine extreme Beschleunigung in der Veränderungsgeschwindigkeit ergeben haben könnte. Während sich autoritäre Charakterstrukturen in mehreren Jahrhunderten herausgebildet haben, scheinen sich die Elemente des neuen Sozialisationstyps, wie er sie im Auge hat, wesentlich rascher durchzusetzen.

Die Konzeption "Nach Interessen, nicht nach Köpfen organisieren" halte ich nach wie vor für tragfähig. Was sich demgegenüber in der Ökologiebewegung an Bedürfnissen ausdrückt, hat eine sehr viel schmalere Zeitspanne. Es sind vor allem angstbesetzte Bedürfnisse, die auf rasche Reduktion drängen. Du kannst mit einer individuell empfundenen Angst nicht Jahrzehnte leben, sie muß schnell aufgehoben werden. Das Angstelement, scheint mir, ist neu in die Bedürfnisstrukturen hineingekommen, wobei ich vermute, daß es nicht nur Ängste in Bezug auf die Umwelt sind, sondern sehr vielfältige Existenzängste. Nicht alle, die in der Ökologiebewegung mitmachen, fühlen sich von Kernkraftwerken bedroht, sondern sie zieht viele andere Ängste und Enttäuschungen an. Angst, als neues Element in der Bedürfnisdefinition, bewirkt dabei notwendig eine Verkürzung des Erwartungs- und Wertehorizonts. Dies zwingt zunächst zu einer Erweiterung und Konkretisierung von Bedürfnissen und Interessen und in gewisser Weise auch zu einer Radikalisierung. Politisch brisant wird allerdings die Frage, wie werden diese Ängste nun als politische Motive stabilisiert. Denn daß diese Angstreduktion nicht innerhalb von zwei, drei Jahren zustande kommen kann, scheint mir offensichtlich zu sein. Auch Angstreduktion kann nur kollektiv verallgemeinernd in langfristigen Politisierungsprozessen erfolgen, weil sich anders Machtverhältnisse nicht verändern lassen. Das System stürzt nicht einfach ein und dankt zugunsten einer Bewegung ab, die es übernimmt. Damit ist das politische Problem, wo ansetzen, um eine Verallgemeinerung dieser angstbesetzten Bedürfnisse zu ermöglichen, auch dann, wenn das SB sich als Organisation auflöst, nicht gelöst oder außer Kraft gesetzt. Ich kann mir durchaus vorstellen, daß sich andere Organisationsformen entwickeln; sie werden allerdings vor ähnlichen Problemstellungen stehen, die durch einen Rückgriff auf traditionelle Muster nicht dauerhaft gelöst werden können. Gleich wie das Organisationsgeflecht aussieht, es wird sich dem Problem der Einbeziehung der Subjekte, ihrer Bedürfnisse, Interessen und Lebenszusammenhänge, stellen müssen. Die im Sozialistischen Büro ansatzweise erprobten Formen haben sich dadurch ausgezeichnet, Entlastungen nicht einfach dadurch zu schaffen wie in traditionellen Organisationen, daß die Ansprechsebene der Subjekte ausgeklammert wird. Daß dies auch nicht mehr möglich ist, liegt an der kapitalistischen Entwicklung selbst. In dem Augenblick, wo der Kapitalismus einen Reichtum produziert, der auf Aneignung durch die Individuen drängt, wo die Subjekte nicht mehr einsehen, daß sie verzichten müssen, wird die subkeitive Dimension zum konstitutiven Moment von politischen Prozessen

ment von politischen Prozessen. Diese Dimension von Realität wurde im Sozialistischen Büro nicht ausgeblendet, darum kann von einem Scheitern der Konzeption nicht gesprochen werden. Unter den beschriebenen subjektiven Voraussetzungen geht es eben vielen Leuten zu langsam, die Arbeit ist zu klein, die Blockierungen sind zu stark. ROTH: Bei der Arbeit des Sozialistischen Büros fallen mir zwei weitere Probleme auf, die allerdings auch allgemeineren Charakter haben dürften. In welchem Verhältnis stehen eigentlich organisierte politische Ansätze wie das Sozialistische Büro zu sozialen Bewegungen, wie der Ökologiebewegung oder der Frauenbewegung. In diesen Bewegungen entfaltet sich selbst eine andere Radikalität, Bedürfnisstruktur, Zeitstruktur, die zunächst quer zu Alltagsstrukturen und darauf bezogenen politischen Ansätzen stehen. Zwar wurde auf einigen Arbeitstagungen und Kongressen ein produktiver Weg zur gemeinsamen Diskussion entwickelt, im Grunde stellt sich aber die Frage des Engagements immer noch für viele alternativ. Die Angebote etwa der Ökologiebewegung erscheinen dabei wesentlich fundamentaler, zumal auch Fragen der Lebensweise, des Lebensstils angesprochen werden. Ein zweites Problem sehe ich in der Erfahrung, daß sich unterhalb des Engagements in den beschriebenen politischen Wellen des letzten Jahrzehnts bei der Generation, die schon mehrere Phasen durchlaufen hat, eine zunehmende Privatisierung feststellen läßt. Dem kommen die Strukturen der Ökologiebewegung, vor allem die daraus entstandenen parlamentarischen Versuche, sehr entgegen, indem sie - sieht man von einem kleinen Kern von Aktiven ab - nur geringe Anforderungen an das Engagement des Einzelnen stellen. Gelegentliche Großdemonstrationen, das Tragen von Symbolen und einige neue Elemente im eigenen Lebensstil genügen, um dabei zu sein. Selbst der wenig zeitaufwendige Wahlakt gelangt wieder zur Ehre, als politische Praxis anerkannt zu werden. Gemessen an den großen politischen Ansprüchen, die mit der Entwicklung der Aufbauorganisation alltäglich für den Einzelnen verbunden waren, stellen die parlamentarischen Versuche eine politische Entlastung dar. Ich sehe bei vielen ein Sich-Einrichten in einer relativen Entpolitisierung, die mit gelegentlichen Anleihen bei den neuen sozialen Bewegungen überdeckt wird. Wieweit beide Ebenen auseinanderfallen können, mag vielleicht daran deutlich werden, daß es entgegen des politischen Katastrophenbewußtseins, der Spekulation à la Baisse, in der Linken eine breite Welle des Kinderkriegens gibt, also eine Orientierung auf neue Generationen stattfindet, die quer steht zu den Titanic-Vorstellungen auf politischer Ebene. Ist das nur eine Generationsfrage oder ein strukturelles Problem, wenn unterhalb von Großdemonstrationen und politischer Symbolik, viele Alltagsbereiche - auch die Berufstätigkeit - wieder privatisiert werden und die Individuen sich dadurch politisch stark entlasten? Verweist dies darauf, daß in den politischen Gründerjahren der jüngsten Zeit auch eine Fülle von Schwinderunternehmen und künstlichen Bomms entstehen, die individuell gar nicht getragen werden?

NEGT: Du hast von Entlastung gesprochen. Was für mich bewunderungswürdig ist, ist die Art und Weise, wie traditionelle Organisationen eine Ausgewogenheit zwischen individueller Belastung und Entlastung geleistet haben. Ich kann mir auch Politisierungsprozesse nicht als Dauerbelastung vorstellen. Dies ist nur in quasi-religiösen Bewegungen möglich, die bald scheitern müssen. Wenn Du ständig, und das bedeutet das Moment der Überpolitisierung, wie im KBW, die Revolution machen mußt, also im Dauereinsatz bist, aber die Revolution nicht läuft und damit keine Entlastung durch die objektive Entwicklung erfolgt, kann daraus keine dauerhafte politische Orientierung erfolgen. In revolutionären Zeiten, wenn sich die Verhältnisse rasch ändern, ist eine starke individuelle Belastung möglich, die sogar als Entlastung, als Befreiung erfahren wird. In stagnierenden Situationen entwickelt sich etwas Drogenähnliches, Aufputschformen, die eine Erlebniswelt haben, wie die Großdemonstrationen, wo man sich ozeanisch oder symbiotisch aufgehoben fühlt und sich mit kollektiver Energie auffüllt, die bis zur nächsten Demonstration reicht. Insoweit ist diese Trennung von punktueller Einbindung in Kollektivität und fortexistierender Privatheit eine Form, auf die sich der Erfolg der Ökologiebewegung stützt. Sie läßt die Leute in ihrem privaten Alltag unberührt. Es hält dort niemand eine Rede und klagt sie an, daß sie zu wenig machen, daß sie ihr Leben verändern und politischer werden sollen, wie das in der Protestbewegung noch der Fall war. Das war damals neu und überraschend. Wenn heute jemand ständig politische Aktivität und Veränderung fordert, würde er eine Belastung herstellen, die sicherlich eine zusätzliche Privatisierung zur Folge hätte. Für mich ist dieses Problem der Entlastung ein zentrales politisches Problem. Das Sozialistische Büro hatte das in besonderer Weise angesprochen. Auf der einen Seite war es eine Belastung, daß nur der Mitglied werden konnte, der in einem Arbeitsfeld oder Projekt aktiv mitarbeitete. Dies bedeutete andererseits eine Entlastung für viele, die sich am SB nur orientierten. Es gab eine offene Form der Orientierung, man mußte nicht unbedingt Mitglied sein, um an verschiedenen Aktivitäten teilzunehmen. Es wurde in dieser Richtung kein Druck ausgeübt. Aber wie läßt sich diese Form der Entlastung durch Orientierung organisatorisch fassen, und zwar so, daß man den Vorteil traditioneller Organisationen sicher, auch längere geschichtliche Perioden der Absicherung des Erreichten und der bloßen Verteidigung durchzustehen? Der Stalinismus war ja unter anderem deshalb so furchtbar, weil jedes Verhalten eines Mitglieds der Kommunistischen Partei ein kontrolliertes, auf die Partei bezogenes Verhalten war. Jedes Parteimitglied war potentieller Citoyen, es konnte sich nicht als Bourgeois verhalten, und das bezeichnet die terroristische Komponente in den traditionellen Organisationen. Die Sozialdemokratie hat es immer mit der Entlastung durch bloße Mitgliedschaften gehalten. Es konnte jemand Mitglied sein, der sich sein Leben lang politisch nicht betätigt hat.

Neben diesem Kategorienpaar Belastung/ Entlastung sehe ich in Distanz/Nähe ein wei-

teres, das zentrale Probleme aktueller und künftiger politischer Organisierung benennt. Wenn in einer Organisation eine Nähe hergestellt wird, die familienähnliche Formen hat, muß sie Sektencharakter annehmen. Es wird dabei eine Nähe hergestellt, wo jede Bewegung, jeder Gedanke, jede Außenbeziehung bedrohlich wirkt. Organisationsstrukturen müssen dagegen eine Distanz zur Privatheit sichern, als Form der Entlastung. Aber diese Distanz kann unter unseren Voraussetzungen auch nicht so groß sein, daß es der Organisation völlig egal ist, was der Einzelne macht. Diese beiden Dialektiken von Distanz und Nähe, Belastung und Entlastung auszugleichen und zu stabilisieren, halte ich bei jeder Organisationsform für zentral. Wo das nicht stattfindet, sondern parallel häufig, wie bei einer aufputschenden Bewegung, die völlig von dem entlastet, was jeder alltäglich macht, oder bei alternativen Projekten, die sich völlig privatisieren, ist der Stachel des Politischen weg und zwar auf beiden Seiten. Es erfolgt eine Privatisierung solcher Bewegungen. Es sammeln sich private Subjekte und solidarisieren sich sinnlich faßbar. Hans-Jürgen Krahl hat das einmal sehr schön ausgedrückt: es findet eine private Aneignung von Politik statt ohne gleichzeitige Politisierung des Priva-

Zu Deinem ersten Problempunkt kann ich nicht sehr viel sagen. Aber Frauenbewegungen und Ökologiebewegung sind ganz verschieden in den Motiven und im Zwang zur Konkretion. Die Frauenbewegung bezieht sich auf die verflochtenen Formen von Alltagsunterdrückung, der doppelten Unterdrückung von patriarchalischer Struktur und Lohnarbeitsverhältnis, und entwickelt aus diesen Motiven heraus den Zwang, auf die Komplexität von Unterdrückung einzugehen. Der Protest gegen die doppelte Ausbeutung kann, wenn er konkrete Gestalt annimmt, auf Vermittlungen gar nicht verzichten. Wir haben schon darüber gesprochen, daß dieser alltägliche Interessenzusammenhang in dieser direkten Weise bei der Ökologiebewegung nicht gegeben ist, dort eher unterschiedliche politische Motive eine bedeutende Rolle spielen.

ten.

Um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen, ich halte es für durchaus denkbar, daß in der nächsten Zeit eine nicht zu vereinheitlichende Palette von Organisationsformen nebeneinander bestehen. Organisationsformen, die allerdings an denselben Problemen arbeiten müssen und meist durch informelle Kader - wie auch die Ökologiebewegung stabilisiert werden. Die Palette reicht von Ein-Punkt-Bewegungen, die bei konkreten Anlässen entstehen, stabileren Organisationsgebilden wie das Sozialistische Büro, oder auch Kommunikationszusammenhänge, die diesen unmittelbar politischen Anspruch nicht haben. Nur scheint mir in dieser Vielfalt die traditionelle Organisationsform am wenigsten geeignet, genau die Probleme zu lösen, über die wir geradet haben. Ich glaube nicht, daß sich dieser Zustand heute überwinden läßt und schnelle Vereinheitlichungen möglich sind. Allerdings sollten alle Organisationsformen in ihrer Produktivität an zwei Maßstäben gemessen werden: inwieweit sie Interessen und Bedürfnisse der Individuen aufgreifen und zulassen und ob sie die Tendenz zur Verallgemeinerung dieser Interessen und Bedürfnisse in sich tragen, d.h. Machtverhältnisse wahrnehmen und gegen sie gerichtet sind.

#### Großer Ratschlag

## Radikaler Humanismus und Ideologie

### **Erich Fromm und das Haben**

Im derzeitigen Prozeß der Formierung einer industriekritischen Massenbewegung in der BRD nehmen weltanschauliche Erörterungen einen außergewöhnlich großen Raum ein. Hiervon zeugt etwa der Versuch Rudolf Bahros, unter Hinweis auf biblische Traditionen eine ideologische Brücke zwischen Alternativlern, Sozialisten und 'Wertkonservativen' zu schlagen. Als Gewährsmann für einen solchen Brückenschlag scheint sich Erich Fromm anzubieten.



Von einer Gesellschaft des Habens

'Haben oder Sein', das eine Zusammenfassung aller Motive und Theoreme des kürzlich verstorbenen Sozialphilosophen, Psychoanalytikers und engagierten Gesellschaftskritikers beinhaltet, hat bereits eine Auflage von 180.000 erreicht und steht seit Wochen auf der Bestellerliste des SPIEGEL.

Dieser Erfolgt erklärt sich aus einem weitverbreiteten Bedürfnis nach Sinn und Orientierung, welches Wissenschaft und Aufklärung sowie die zerfallende Leistungsethik des Kapitalismus nach sich ziehen.

Titel wie 'Haben oder Sein', die Aufschluß über 'die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft' verheißen, kommen diesem Bedürfnis entgegen und kurbeln zudem die kommerzielle und geplante Ideologieproduktion an. Charakteristisch für dies ideologische Klima ist z.B. die Diskussion, die auf dem Parteitag der Grünen in Saarbrücken über das Problem der Arbeitszeitverkürzung geführt wurde. Unter anderem wurde den Befürwortern einer radikalen Arbeitszeitverkürzung von ihren Gegnern nicht etwa eingewandt, daß eine solche Forderung die Ertragslage der Unternehmen gefährden könnte, sondern - unter Berufung auf Erich Fromm, daß aus einer solchen Forderung eine 'Habenmentalität' spre-

"Die Existenzweise des Habens leitet sich vom Privateigentum ab. In dieser Existenzweise zählt einzig und allein die Aneignung und das uneingeschränkte Recht, das Erworbene zu behalten. Die Habenorientierung schließt andere aus und verlangt mir keine weiteren Anstrengungen ab, um meinen Besitz zu behalten bzw. produktiven Gebrauch davon zu machen. Es ist die Haltung, die im Buddhismus als Gier, in der jüdischen und christlichen Religion als Habsucht bezeichnet wird. Sie verwandelt alle und alles in tote, meiner Macht unterworfene Objekte." (E. Fromm, Haben oder Sein, München 1980, S. 79)

Wer war Erich Fromm?

### Von der Frankfurter Schule zur humanistischen Religiosität

Fromm wurde im Jahre 1900 als Sohn einer thoratreuen jüdischen Familie in Frankfurt/M. geboren, studierte in Frankfurt, Heidelberg Philosophie, Soziologie und Psychologie, um dort im Jahre 1922 bei dem Kultursoziologen Alfred Weber (dem Bruder von Max Webers) mit einer Arbeit über die Funktion des jüdischen Gesetzes zu promovieren. Obwohl Erich Fromm später unter dem Einfluß der Psychoanalyse nicht mehr der Halachah (dem jüdischen Zeremonialgesetz) folgte, bleiben für ihn Motive der jüdischen Bibel bis zuletzt prägend - und zwar insbesondere die Erzählung über den Auszug der Israeliten aus der Sklaverei des reichen Ägypten in die Armut und Freiheit der Wüste, die auf soziale Gerechtigkeit pochende Bußpredigt der Propheten sowie die messianischen Verheißungen einer befriedeten Erde.

Nach seinem Studium unterzog er sich in Berlin einer psychoanalytischen Ausbildung sowie einer Psychoanalyse in München und begann daraufhin, ab 1926, selbst therapeutisch zu praktizieren. Im Jahre 1929 wurde das erste. einer deutschen Universität angeschlossene, Frankfurter Psychoanalytische Institut gegründet, an dem Fromm als Lektor wirkte. Während dieser Zeit wurde er Mitglied des Instituts für Sozialforschung, um das sich die späteren Gründer der 'Frankfurter Schule' Horkheimer und Adorno, sowie Marcuse und Löwenthal, Wittfogel, Borkenau und Pollock mit dem Ziel gesammelt hatten, eine Kritische Theorie der Gesellschaft zu entwerfen. Leo Löwenthal, der heute in den USA lehrende Literatursoziologe - außer Fromm der einzige ebenfalls thoratreuen Jude -, war ihm noch aus den Anfängen der zwanziger Jahre aus dem Umkreis des von dem Religionsphilosophen Franz Rosenzweig gegründeten 'Freien Jüdischen Lehrhauses' bekannt.

Fußend auf Marx und Freud, wurde von den Institutsmitgliedern der Versuch unternommen, ohne Rücksicht auf die herkömmliche akademische Fächertrennung die Totalität der kapitalistischen Gesellschaft in ihren psychischen und ökonomischen Zusammenhängen darzustellen und zu erklären. Erich Fromm, der als einziger der Institutsmitglieder als Therapeut praktizierte, war entscheidend an der Entstehung der richtungsweisenden 'Studien über Autorität und Familie' beteiligt, deren ausdrücklich so titulierten 'Sozialpsychologischen Teil' er beisteuerte. Hier entwickelte er die zur Analyse der deutschen Gesellschaft so treffende These vom inneren Zusammenhang

# Kongrei

"Großer

Freitag, 27. Juni 1980

20.00 Uhr Rebstockgelände (Großzelt) Eröffnungsveranstaltung: Ein neuer Sozialismus?

Samstag, 28. Juni 1980

10 - 18.00 Uhr

- 10 18,00 Uhr
  Diskussion in Arbeitsgruppen
  1 Von denen, die auszogen, den Menschen zu helfen
  2 Arbeiterbewegung und Ökologie
  3 Von den Sinnen und "dem Sinn"

Ratschlag"

# Frankfurt/M 27. – 29. Juni 1980

Forumsveranstaltungen

1 Intern. Konkurrenz und Kriegsgefahr

2 Sozialistische Politik in der autoritären Demokratie

19.00 Uhr Politisch-kulturelle Veranstaltung, Rebstockgelände "Kämpfen für ein besseres Leben — Manifest gegen den Krieg"

Sonntag, 29. Juni 1980

10.00 Uhr, Rebstockgelände 🕠 Abschlußveranstaltung: Sozialistische Politik und internationale

Soziale Protestbewegung und sozialistische Politik

